Einzelnummer 50 Mark

Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Bezugspreis: Für auswärts monatlich M. 1200.— einschl. Zustellgebühr. Durch die Post innerhalb Deutschlands frei ins Haus geliefert: monatlich M. 1000.— und Bestellgebühr. Auslandsversand: monatlich M. 1200.— und Drucksachen-Porto. — Das Leipziger Tageblatt erscheint täglich morgens, außer nach Sonn- und Feiertagen. Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörungen berechtigt den Bezieher nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse 8. Fernsprecher 17960—17992. Anzeigen- u. Abonnements-Annahme in der Geschäftsstelle, allen Filialen, sowie in Berlin, Ullsteinhaus.

Anzeigenpreis: Für die Gesamtausgabe (Stadt- u. Post-Auflage): die einsp. 24 mm br. mm-Zeile M. 70.— für auswärt. Inserent. M. 115.—, Sonderpreise: Familienanz. b. Vorausbez. die mm-Zeile M. 15.—, Gelegenheits-Anzeigen (priv. Natur) und Stellenangebote, die mm-Zeile M. 35.—, Stellengesuche die mm-Zeile M. 30.—, amtl. Bekanntmachungen, Doppel-mm-Zeile M. 140.—, für auswärt. M. 230.—, Reklame 22 mm breit, die mm-Zeile M. 350.—, für auswärt. M. 500.—, Auslandsanzeigen mit Valuta-Aufschlag. Bei Wiederholungen Nachlaß. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Erfüllungsort Leipzig. — Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Erfüllung der Anzeigenaufträge und Leistung von Schadenersatz. — Postscheckkonto Leipzig 3004. Druck und Verlag Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H., Leipzig. Berliner Schriftleitung: Im Ullsteinhaus. Fernsprech-Anschluß: Dönhoff 5600—5653.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Nr. 3 — Donnerstag, den 4. Januar 1923 — 117. Jahrgang

Wahlen in Südslawien

Darlegungen eines radikalen Führers

Von unserem Belgrader Mitarbeiter

Belgrad, Ende Dezember

Unter stürmischem Protest der gesamten Opposition der Skupschtina, zu der seit etwa zwei Wochen auch die bisher im Regierungsblock vertretene Partei der Demokraten zählt, wurde am 21. Dezember die am 28. November 1920 gewählte verfassunggebende, später gesetzgebende Skupschtina aufgelöst. Im Sinne der Verfassung müssen die Neuwahlen innerhalb dreier Monate stattfinden, im Verlaufe eines weiteren Monats aber muß das neugewählte Parlament seine Arbeiten beginnen.

Wer die Ereignisse in Südslawien seit dem Auftreten des kroatischen Blocks aufmerksam verfolgt, muß erkennen, daß der Schritt, zu dem sich die Krone auf Anraten der neuernannten, ausschließlich aus radikalen Politikern bestehenden Regierung entschlossen hat, die Auflösung des Hauses und die Ausschreibung von Neuwahlen, in der Geschichte des jungen Parlamentarismus Südslawiens von größter Bedeutung ist. Südslawien hat von allen nach dem Kriege entstandenen Staaten noch kein neugewähltes Parlament; die verfassunggebende Nationalversammlung wurde durch eigenen Beschluß zum provisorischen Parlamente erklärt. Daraus entstanden zunächst die Schwierigkeiten mit dem kroatischen Block, der die passive Resistenz als einzig mögliche Politik betonte. Verhandlungen, die fast ein Jahr lang dauerten, führten zu keinem Ergebnis, der Block unter der Führung Stefan Radics erklärte, von Belgrad nichts wissen zu wollen. Ein Teil der demokratischen Partei hat sich, trotzdem diese Partei an der Führung der Geschäfte teilnahm, zu denjenigen geschlagen, die eine Revision der Verfassung von Vidovdan anstreben. Ein Ausgleich der Unterschiede zwischen den Auffassungen schien unmöglich, die radikale Partei erklärte, sie sei der Koalition satt.

Wie das in Südslawien bei Regierungskrisen stets der Fall ist, war auch diesmal eine lange Periode der Verhandlungen vorangegangen, bevor das Koalitionskabinett Paschitsch seinen Platz verlassen konnte. Die radikale Partei erklärte, als sie freie Hand hatte, in einem Beschlusse, der Unzulänglichkeit der herumtastenden Kompromißpolitik ein Ende bereiten zu wollen: Entweder ein rein radikales Kabinett mit der Ermächtigung zur Neuwahl des Abgeordnetenhauses, oder Opposition gegen diejenigen, die dem Gedanken der Vereinigung der Serben, Kroaten und Slowenen zuwider die Verfassung bekämpfen.

Ein führender radikaler Politiker, der auf die Gestaltung der künftigen Ereignisse in der inneren Politik Südslawiens einen ausschlaggebenden Einfluß hat, erklärte mir:

„Wir stehen vor einer Kraftprobe. Es gilt nicht nur einer Partei, die in der Geschichte des alten serbischen Königreiches eine vornehme politische Rolle hatte, jetzt in den ersten ordentlichen Wahlen des Parlaments die Mehrheit zu verschaffen. Wenngleich wir, wie jede Partei, unserem Endsiege vertrauen und auf eine kompakte Mehrheit hoffen, so muß die große Wichtigkeit der Wahlen vom Gesichtspunkte der Staatseinheit hervorgehoben werden: Nicht als ob an dem festen Willen, die Einheit des Staates unter allen Umständen zu wahren, gezweifelt werden könnte, ist dieser Wahlgang dennoch eine abermalige Bestätigung des am 1. Dezember 1918 bekundeten Volkswillens, daß alle Serben, Kroaten und Slowenen in einem Staate leben wollen. Wir haben ein Verfassungsgesetz geschaffen, und dieses Gesetz soll restlos und in allen seinen Auswirkungen durchgeführt werden. An eine Reform denken wir nur, wenn die Erfahrung uns die Lücken des Gesetzes zeigt. Ohne diese Erfahrungen an eine abermalige Reformarbeit zu schreiten, bedeutet die Stabilisierung der Ungewißheit in allen Zweigen der staatlichen Verwaltung, jener Ungewißheit, der die Unsicherheit in unserem Wirtschaftsleben entspringt.

Unsere Wahlparole ist also: Durchführung der Verfassungsgesetze und Schaffung eines einheitlichen Gesetzsystems für alle Teile, aus denen das Gebiet Südslawiens besteht. Wer die Verfassung in diesem Sinne ehrt, ist mit uns. Gegen alle anderen richtet sich der Kampf."

Auf die Frage, ob ein Zusammengehen mit dem Flügel der Demokraten, der über die Durchführung des Verfassungsgesetzes derselben Meinung ist wie die Radikalen, denkbar sei, erwiderte der hohe Funktionär des Parlaments:

„Vorläufig versucht das nur aus Radikalen bestehende Kabinett, die Wahlen allein zu machen, ohne Pakte, ohne Bindungen. Wer dieselbe Politik verficht wie wir selbst, kann, wenn er in einem anderen Parteilager steht, mit uns parallel arbeiten. Gewiß stehen wir einer Verständigung nicht ablehnend gegenüber, wenn nach den Wahlen eine entsprechende Lage entsteht.

Die Wahlen sind für den 18. März anberaumt, das neugewählte Parlament tritt am 16. April zusammen. Bis dahin sind alle Parteien mit den Vorbereitungen zu den Parlamentswahlen beschäftigt. Da die großen Linien unserer auswärtigen Politik seit jeher festgelegt sind, ist in der nächsten Periode nur der Wahlkampf zu erwarten."

Das neuzuwählende Parlament Südslawiens wird gegenüber der heutigen Zahl von 419 Mandaten nur 313 Abgeordnete zählen. Nach der neuen Einteilung der Bezirke wählen: Serbien und Südserbien 112, Bosnien und die Herzegowina 48, Kroatien, Slawonien und Srem (Syrmien) 66, Slowenien 25, Dalmatien 16, Banat, Batschka Baranya 34, Montenegro 7, Belgrad 2, Agram 2 und Laibach 1 Abgeordneten, insgesamt 313. Die Zahl der gesamten Wählerschaft wird auf rund 2½ Millionen geschätzt, von denen 1,6 Millionen das Stimmrecht bei den jüngsten Wahlen ausgeübt haben (64,95 Proz.). In den letzten Wahlen waren 22 verschiedene politische Parteien aufgestellt. Die meisten Stimmen erhielten die Demokraten, 92 Abgeordnete mit 319,448 Stimmen, die Radikalen 91 Abgeordnete mit 284,575 Stimmen. Die Partei des Bauernführers Raditsch hat 50 Abgeordnete (230 590 Stimmen), die Kommunisten errangen 58 Sitze (198 736 Stimmen), die Landwirte 39 Sitze (151 603 Stimmen), die Gruppe Korosetsch der klerikalen Opposition 27 Abgeordnete 111 274 Stimmen), die Muselmanen 24 Abgeordnete 110 895 Stimmen), die Sozialdemokraten 10 Abgeordnete (46 792 Stimmen) usw.

Vorläufig gibt es erst Wahlgeplänkel in den Organen der einzelnen Parteien. In den radikalen Zeitungen werden alle Sünden der bisherigen Koalitionsregierungen aufgefischt, wobei selbst die eigenen Parteigänger nicht immer leer ausgehen. In der demokratischen Presse herrscht ein lebhafter oppositioneller Zug, wie man ihn seit Jahren nicht sehen konnte. Der eigentliche Wahlkampf mit allem Rüstzeug der Propaganda, der Werbung und der Abwehr wird erst um die Mitte Januar nach dem orthodoxen Neujahrsfest beginnen.

Bonar Law isoliert

Ablehnung der englischen Pläne durch Frankreich und Italien

London, 3. Januar. (Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes.) Die Daily Mail erklärt, falls sich heute kein Einvernehmen zwischen Frankreich und England erzielen lasse, werde der französische Plan zur Besetzung des Ruhrgebietes durchgeführt werden. Auch die italienische Abordnung habe gestern abend betont, sie könne Bonar Laws Plan nicht als Grundlage für weitere Erörterungen ansehen. Sie wolle darauf dringen, daß die von Mussolini bereits in London vorgelegten Pläne, die sich im wesentlichen dem französischen Standpunkt anschließen, von der Konferenz erörtert werden. Die Mitglieder der englischen Abordnung, die gestern abend von Poincaré zu Tisch gebeten waren, erfuhren dort, daß die französische Regierung den gesamten englischen Plan ablehnt. Das wird ihnen heute offiziell mitgeteilt werden.

Belgien will vermitteln

Kompensationen im Orient

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

Paris, 3. Januar.

Es scheint, daß seit gestern nachmittag Bemühungen im Gange sind, eine Annäherung zwischen dem französischen und dem englischen Standpunkt herbeizuführen, und daß besonders Belgien als Vermittler auftreten wird. Die heutigen Pariser Morgenblätter schreiben, Poincaré werde in der heutigen Sitzung beantragen, die französischen Vorschläge als Grundlage für die weitere Verhandlung zu nehmen. Die Blätter erhoffen die Annahme dieses Antrags durch Italien und Belgien, da sonst mit dem Abbruch der Verhandlungen zu rechnen wäre. Allgemein wird es bedauert, daß Bonar Law auf sofortige Veröffentlichung der Pläne bestanden und dadurch eine Lösung, wie Frankreich sie wünscht, erschwert habe. Auch sei die französische Regierung auf derartige Vorschläge nicht gefaßt gewesen, sondern habe ein Zurückgreifen auf die bekannten Pläne von Chequers erwartet. Als Urheber des englischen Planes werden von der französischen Presse Sir John Bradbury und d'Abernon genannt. Wie das Tablogramm wissen will, hat selbst Millerand gestern abend, nachdem Poincaré ihn über den Verlauf der ersten Sitzung Bericht erstattete, sich für eine unbedingte Zurückweisung des englischen Vorschlages ausgesprochen. Der endgültige Beschluß über die weitere Haltung Frankreichs war heute vormittag in dem neuen Ministerrat, der unter dem Vorsitz Millerands im Elysee zusammentrat, Gegenstand der Beratungen.

Ein Teil der Pariser Blätter gibt der Hoffnung Ausdruck, England werde aus Sorge vor den etwaigen Rückwirkungen eines englisch-französischen Bruches auf der Konferenz von Lausanne alles tun, um das Einvernehmen mit Frankreich aufrecht zu erhalten. Nach dem Echo Nationale hat die gestrige Unterredung Poincarés mit dem englischen Außenminister im Hotel Crillon auf Ersuchen Lord Curzons stattgefunden; dieser soll bei dieser Gelegenheit stark die verhängnisvollen Wirkungen eines etwaigen französisch-englischen Zwistes auf die Orientpolitik betont haben. Jules Sauerwein bemerkt im Matin, Bonar Law habe Poincaré bei dieser Unterhaltung zu verstehen gegeben, daß England eine wohlwollende Neutralität beobachten würde, falls Frankreich sich veranlaßt sehen sollte, auf eigene Faust gegen Deutschland vorzugehen. Bonar Law habe gleichzeitig um Unterstützung der englischen Orientpolitik durch Frankreich ersucht.

Einige Blätter geben folgende Aeußerung wieder, die Poincaré dem belgischen Ministerpräsidenten Theunis gegenüber getan haben soll: „Mit vier Fingern kann man handeln; mit drei Fingern kann man auch noch handeln, aber schon weniger. Wenn man aber nur noch einen Finger hat, wird jedes Handeln damit unmöglich, da muß man die Faust nehmen."

*

Der französische Botschafter in London, Graf Saint Aulaire, ist gestern abend, von London kommend, hier eingetroffen. Auch der Botschafter der Vereinigten Staaten in Paris, Myron Herrick, der sich an der Riviera aufhielt, ist nach Paris zurückgekehrt.

Maßloses Erstaunen und Empörung

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

Rom, 3. Januar

Die Tribuna, das Sprachrohr des italienischen Ministeriums des Aeußern, führt in ihrer pessimistischen Beurteilung der Aussichten der Pariser Konferenz fort. Die einzige Hoffnung sei die wenigstens vorläufige Verzichtleistung Frankreichs auf die Besetzung des Ruhrgebietes. Mussolini behalte sich vor, persönlich nach Paris zukommen, wenn dort die Verhandlungen auf einen logisch-praktischen Weg geführt worden seien.

Im übrigen spiegelt sich heute in der römischen Presse der Eindruck eines maßlosen Erstaunens und kaum unterdrückter Empörung wider, der durch den englischen Plan hervorgerufen wird. So schreibt der Messaggero, der englische Plan opfere die italienischen den englischen Interessen auf. Das Giornale di Roma prophezeit gar den Bruch der Entente, wenn die Engländer ihr Projekt nicht zurückzögen. In außenamtlichen Kreisen wird heute angedeutet, Mussolini habe von dem englischen Plan Kenntnis gehabt und deshalb erst recht auf eine Teilnahme an der Pariser Konferenz verzichtet. An amtlicher Stelle vermutet man, die Konferenz von Paris werde bald auseinandergehen, um den Kabinetten Zeit zu einer Stellungnahme zu lassen. Im allgemeinen beurteilt man die Lage zwar sehr ernst, aber doch nicht aussichtslos.

Reichstagsbeginn am 16. Januar

Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 3. Januar.

Wie wir hören, ist die nächste Sitzung des Reichstages vorläufig für den 16. Januar in Aussicht genommen. Ein früherer Termin könnte nur in Frage kommen, wenn unvorhergesehene außenpolitische Umstände es notwendig machen.

Die deutsche Friedenssehnsucht — „eine Falle"

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

Paris, 3. Januar.

In einer Erklärung, die Poincaré gestern der Presse übermittelt hat, äußerte er sich zu der Rede des Reichskanzlers Cuno in Hamburg vom 31. Dezember, in der dieser behauptet hat, daß Deutschland Frankreich einen Akkord vorgeschlagen habe, nach dem innerhalb 30 Jahren kein Krieg außer nach einer Volksbefragung erklärt werden solle, und daß Frankreich dieses Anerbieten abgelehnt habe.

Poincaré erklärt hierzu: „Am 18. Dezember hat der Staatssekretär Hughes den französischen Botschafter in Washington wissen lassen, daß der deutsche Botschafter ihm den Abschluß dieses Akkordes vorgeschlagen habe. Ich telegraphierte daraufhin an unseren Botschafter, daß der vorgeschlagene Akkord ohne Zweifel ein Manöver der deutschen Regierung vor Beginn der Konferenz von Paris bedeute. Wenn die deutsche Regierung alle Kriegsgefahren beseitigen wolle, müsse man sich fragen, weshalb sie den Akkord auf 30 Jahre beschränke. Das so reduzierte Versprechen, keinen Krieg mehr zu beginnen, wäre übrigens illusorisch. Denn in weniger als 30 Jahren hätte die deutsche Propaganda leider Gelegenheit, den Revanchegedanken derart zu entwickeln, daß eine Volksbefragung, wenn einmal der Termin abgelaufen sei, sich für einen Angriff gegen Frankreich aussprechen würde."

Am 21. Dezember setzte der französische Botschafter dem Staatssekretär Hughes diese meine Einwände im Laufe einer neuen Besprechung auseinander, worauf Hughes ihm eine schriftliche Note verlas, in der der deutsche Botschafter seinen Antrag niedergelegt hatte. Er lautete etwa folgendermaßen:

„Die Regierungen Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens verpflichten sich feierlich, eine der anderen gegenüber und versprechen ebenfalls den Vereinigten Staaten, während der Dauer eines Menschenalters — also 30 Jahre lang — keinen Krieg zu erklären, außer für den Fall, daß der Krieg von einem Plebiszit beschlossen werden sollte, was aber den Krieg tatsächlich unmöglich machen würde.

Ich antwortete an den französischen Botschafter, daß dieser Vorschlag, am Vorabend des Tages eingebracht, an dem die Alliierten eine große Entscheidung in der Frage der Reparationen zu treffen hätten, als ein grobes Manöver erscheine. Der Friede von Versailles enthält bereits in Artikel 10 eine formelle Verpflichtung eines Nichtangriffes, der Frankreich binde, und wenn Deutschland einmal in den Völkerbund aufgenommen sei, würde es ebenfalls den Vorteil dieser Klausel des Vertrages genießen. Im gegenwärtigen Augenblick scheine Deutschland nur die Sanktionen vermeiden zu wollen, die die Alliierten früher oder später zu ergreifen gezwungen sein würden, wenn es seine Verpflichtungen nicht einhalte. Frankreich werde in diesen Falle nicht hineintreten. Im übrigen hat Hughes in keiner Weise die Möglichkeit einer englisch-amerikanischen Garantie durchblicken lassen. Aber auch ein englisch-amerikanischer Garantiepakt, der von dem Senat ratifiziert wäre und Frankreich mit einer bestimmten Frist eine militärische Unterstützung zusagte, würde nicht einmal genügen, um Frankreich tatsächlich in völlige Ruhe zu wiegen. Infolgedessen habe ich den französischen Botschafter gebeten, Hughes zu erklären, daß der deutsche Vorschlag eine gefährliche Heuchelei sei."

Richtigstellung durch den Außenminister

Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 3. Januar

Der Reichsaußenminister Dr. v. Rosenberg hat sich heute gegenüber dem Vertreter der Associated Preß zu den Erklärungen Poincarés vor der Pariser Konferenz über den von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Friedenspakt geäußert. Der Reichsaußenminister betonte, daß eine Rückfrage von der französischen Regierung, warum Deutschland die Geltungsdauer des Rheinpaktes auf ein Menschenalter beschränkt habe, weder durch die vermittelnde Macht noch auf anderem Wege erfolgt ist. Einer Anregung für eine längere Geltungsdauer hätte die deutsche Regierung gern entsprochen, da der Ausdruck in der Absicht gewählt worden war, für eine Aussprache über den genauen Zeitraum die Wege offen zu halten. Der Ausdruck „Menschenalter, also mindestens für 30 Jahre", bedeute eine Beschränkung nach unten.

Was die von Poincaré betonte, für den Fall der Annahme des deutschen Vorschlages für Frankreich notwendige Verfassungsänderung anbetrifft, erklärte der Reichsaußenminister, daß auch für Deutschland eine Verfassungsänderung notwendig geworden wäre, daß aber die gesetzgebenden Faktoren in Deutschland sicherlich einem solchen Antrage zu-